

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Postcheckkonto Berlin 391 42.  
Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einspaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch ausgegebene oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 242

Montag, den 16. Oktober 1933

40. Jahrgang

## An das deutsche Volk!

### Die Reichsregierung an das Volk.

Die Reichsregierung hat an das deutsche Volk folgenden Aufruf gerichtet:

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.“

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinen-gewehr zu zerstoren und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegssphäre und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands

die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung

für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszusteigen, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künstlich Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Glanzes des Versailler Vertrags-zustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgend einem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an

Sicherheit,

das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?“

### Der Aufruf des Kanzlers.

Der Aufruf des Kanzlers und Führers an das deutsche Volk hat folgenden Wortlaut:

An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaus unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht. Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung wenn nötig jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurde das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegation mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugewilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerecht wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtslose und zweifelhafte Nation noch weiterhin an Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entsetzlichen Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bindung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volke damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als beschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebenso sehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung vor seiner Ehre entspringen wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

(gez.) Adolf Hitler.

### Volksabstimmung und Reichstagswahl.

In einem Wahlgang.

Wie verlautet, wird die Volksabstimmung über die Politik der Reichsregierung und die Reichstagswahl am 12. November in einem Wahlgang stattfinden. Für die Reichstagswahl wird nur eine Kandidatenliste vorgelegt werden.

### Auflösung der Volksvertretungen der Länder.

Einstweilen keine Neuwahl.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat an sämtliche Reichsstatthalter folgendes Telegramm gerichtet: Mit Auf-

Wügen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Sühne ihres Volkes waren.

Adolf Hitler: „Mein Kampf.“

Lösung des Reichstages wird nach Paragraph 11 des ersten Gleichhaltungsgesetzes auch die Volksvertretung der Länder aufgelöst. Ich ersuche im Auftrage des Kanzlers, von Anordnung einer Neuwahl gemäß Paragraph 1 Ziffer 2 des Reichsstatthaltergesetzes einstweilen abzuweichen.

### Eine historische Tat.

Ein Schlußstrich ist in Genf gezogen worden. Ein Schlußstrich unter ein Geschehen, das immer unerträglicher geworden war. Fünfzehn Jahre hindurch hatte man von Deutschland im Namen des Sieges verlangt und immer wieder verlangt, hatte es mit Gewalt durchgesetzt, daß das Herz Europas entwaflnet und wehrlos schlagen sollte. Während ringsherum die Völker riefen, sollte Deutschland allein seine Verteidigung mit Holzattrappen führen! Während man es als angebliche Verletzung der Versailler Diktatsbestimmungen verzeichnete, daß Deutschland seine Ernährungspolitische Grundlage festigte, schuf man draußen Flugzeuge, die Duzende von zentnerschweren Bomben tragen konnten! Während Deutschland ein kleines Heer von hunderttausend Mann unter kümmerlichen Waffen hatte, wurde ringsum die Jugend militärisch ausgebildet und ein Heer von Kolonialsoldaten herangebildet, dazu bestimmt, im Ernstfall über die Menschen weißer Rasse herzufallen! Während Deutschland bis zum letzten Abgerüstet hatte, geschah nichts, um die Zusicherung jener Versailler Bestimmungen zu erfüllen, daß diese Abrüstung der erste Schritt sein sollte zu einer allgemeinen Abrüstung der Völker!

Deutschland hatte in Genf seine Zustimmung gegeben zu dem, wenn auch unvollkommenen Abrüstungsplan des englischen Ministerpräsidenten MacDonald; die anderen Mächte haben beschlossen, selbst diesen Plan in den Papierkorb zu werfen. Der Vorschlag, auf den sie sich dann geeinigt hatten, bedeutete nicht die geringste Abrüstung, sondern ließ auf Jahre hinaus die Möglichkeit offen, in übermächtiger Rüstung für den sogenannten „Frieden Europas“ zu sorgen. Ein Mann, der selbst vor fünfzehn Jahren an der Schaffung des Versailler Diktats mitgearbeitet hat, der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George, sagte es soeben selbst: „Das mehr-lose Deutschland, all seinen Nachbarn auf Gnade und Ungnade preisgegeben, hat zehn Jahre lang die Mächte aufgefordert, das eindeutige Versprechen zu erfüllen, das ihm gegeben worden ist. Die Forderung ist mit kalter Verachtung behandelt worden.“ Das ist geschrieben worden, noch ehe nun in Genf mit kalter Verachtung erklärt worden ist, daß die anderen Mächte an eine Abrüstung nicht denken. Da ist Deutschland aufgestanden, ist hinausgegangen und hat die Tür zu einem Saale hinter sich zugeworfen, in dem niemals auch nur der Anfang einer Abrüstung zustande gekommen ist und zustande kommen wird.

Deutschland ist aufgestanden und hinausgegangen aus diesem Saale, um einen anderen Ort zu finden, an dem nun wirklich und ernsthaft die Arbeit für den Frieden in der Welt in die Hand genommen werden soll. Jahr um Jahr hat man in jenem anderen Saale darum gemarktet und gefeilscht, wie man durch eine Abrüstung zum Frieden kommen soll. Sieben Jahre hindurch tagte ein Ausschuss und dann eine Konferenz, die die Wege beraten sollten, auf denen die friedenshungrigen Völker endlich das Ziel ihrer Sehnsucht erreichen sollten. Ein Weg wurde nicht gezeigt; weiter mußten die Völker durch die Wüste ihres Sehnsüht pilgern. Was Deutschland jetzt getan hat, geschah, um den Völkern einen anderen Weg zu jenem Ziel zu weisen.

Die Gleichberechtigung soll die Grundlage einer neuen, wirklich positiven internationalen Zusammenarbeit der Völker sein. Das war der Grundgedanke, aus dem heraus einst der Völkerbund gebildet worden war und der in einer so verhängnisvollen Weise verfälscht worden ist. Eine historische Tat war es, als die deutsche Reichsregierung unter Hitlers Führung sich entschloß, einen Schlußstrich zu machen unter das Geschehen der vergangenen Zeit und nun die Welt vor ein neues Wollen zu stellen, das bestimmt ist, nun wirklich den Frieden herbeizuführen. Um das zu erreichen, hat der Führer des neuen Deutschland sich aber auch entschlossen, das Wollen eines ganzen Volkes in die Waagschale zu werfen, eines Volkes, das das Herz Europas bedeutet. Dieses Volk wird durch sein Ja zum Ausdruck bringen, daß es hinter seinem Führer steht in dem Willen, der Welt endlich einen wirklichen Frieden zu beschaffen. Von den anderen Völkern wird es abhängen, ob dieses Ja zu einem Wollen des ganzen Erdballs wird.